

## Niederschrift

über die 13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

---

**Sitzungstag:** Donnerstag, 27.04.2023

**Sitzungsort:** Bürgerhaus Schortens,  
Weserstraße 1, 26419 Schortens

**Sitzungsdauer:** 19:00 Uhr bis 21:05 Uhr

### **Anwesend sind:**

Bürgermeister  
Gerhard Böhling

Ratsvorsitzende  
Heide Bastrop

Ratsmitglieder  
Christian Berner  
Udo Borkenstein  
Andreas Bruns  
Uwe Burgenger  
Manfred Buß  
Werner Conrad  
Medeni Coskun  
Ingbert Grimpe  
Dennis Gunkel  
Perdita Gunkel  
Ralf Hillen  
Axel Homfeldt  
Janto Just  
Kirsten Kaderhandt  
Detlef Kasig  
Torsten Kirchhoff  
Marc Lütjens  
Tobias Masemann  
Hans Müller  
Egon Onken  
Wolfgang Ottens  
Heino Putzehl  
Pascal Reents  
Manuela Röttger  
Manuel Schoon  
Stephan Schulze  
Maximilian Striegl  
Melanie Sudholz  
Ralf Thiesing  
Carsten Thomsen

Jörg Wächter  
Sandra Wessel

Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller  
StOAR Elke Idel  
StOAR Berghof  
VA Maria Stümer

Ratsmitglieder

RM Martin von Heynitz

Von der Verwaltung nehmen teil:

FBL Andreas Büttler  
VA Ingrid Duden  
StAR Andreas Stamer

**Tagesordnung:**

1. Eröffnung der Sitzung  
  
RV Bastrop eröffnet die Sitzung. Es fehlt entschuldigt, RM von Heynitz.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  
  
RV Bastrop stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil  
  
Die vorliegende Tagesordnung wird festgestellt.
4. Genehmigung der Niederschrift vom 23.03.2023 - öffentlicher Teil  
  
Die Niederschrift wird genehmigt.
5. Bericht des Bürgermeisters
- 5.1. Tarifabschluss  
Am vergangenen Wochenende haben sich die Tarifvertragsparteien für die Angestellten des Bundes und der Kommunen auf einen Tarifabschluss verständigt. Ab Juni d. J. bis zum Februar des nächsten Jahres werden jeweils einmalige steuer- und sozialabgabenfreie Zahlungen geleistet.

Für dieses Jahr betragen die Kosten hierfür nach unseren Berechnungen ca. 560.000,00 €. Das entspricht umgerechnet einer Steigerung der Gehaltszahlungen von 4,54 % und Kosten in Höhe von 11,62 Mio. Euro für 2023. Diesen Betrag haben wir im Haushalt d. J. eingeplant, so dass wir von keiner zusätzlichen Belastung des Haushalt 2023 ausgehen können.

Für 2024 beträgt die Steigerung jedoch umgerechnet 10,54 %, so dass wir bei gleichem Personalstand von zusätzlichen Kosten in Höhe von rund 630.000,00 € im kommenden Jahr ausgehen müssen.

Da wir bereits jetzt einen defizitären Haushalt haben, wird sich das voraussichtliche Defizit in 2024 noch einmal deutlich um den vorgenannten Betrag erhöhen.

Diese Tatsache müssen wir bei den Haushaltsberatungen, insbesondere ab dem kommenden Jahr, berücksichtigen.

#### 5.2. Neugestaltung der Spielplätze Mellumstraße und Langeooger Straße

Nach durchgeführter Beteiligung der Kinder und Eltern und nach Beratung im Fachausschuss und im Verwaltungsausschuss können die Spielplätze Mellumstraße und Langeooger Straße in der zweiten Jahreshälfte mit einem finanziellem Gesamtaufwand von ca. 120.000,00 € neu gestaltet werden.

#### 5.3. Verbindungsbau KiTa/Krippe Glarum

Fertiggestellt wurde aktuell der Verbindungsbau zwischen der Kindertagesstätte und der Krippe Glarum. Allerdings sind einige Möbel noch nicht geliefert worden. Gleichwohl konnte dieser Bereich in Betrieb genommen werden. Hier wurden eine neue Mensa und ein Bewegungsraum geschaffen.

#### 5.4. Ehrenamtsnetzwerk/Ehrenamtsgala

Das erste Ehrenamtsnetzwerk-Treffen für ist für Samstag, den 24. Juni 2023, terminiert. Die Einladungen an die Vereine erfolgen rechtzeitig im folgenden Monat.

Entsprechend Ihrer politischen Willensbildung soll das Ehrenamtsnetzwerk als Werbung und Unterstützung, aber auch Weiterentwicklung der Vereinsarbeit in Schortens mit Workshops zu den Themen Pressearbeit, Social-Media, Motivation von Ehrenamtlichen, Vereinsrecht, Datenschutz im Verein sowie die Rolle als Vorstand wichtige Unterstützung für unsere ehrenamtlich Tätigen in Schortens leisten.

In diesem Zusammenhang kann ich darauf hinweisen, dass die nächste Ehrenamtsgala für den 5. Juli 2023 im Bürgerhaus terminiert ist. Die Vorschläge aus den Vereinen und Verbänden sind eingereicht worden und die politische Beratung im Fachausschuss und Verwaltungsausschuss ist erfolgt. Einladungen werden hierzu ebenfalls im Mai erfolgen. Seit 2019 ist dies nach der Corona-Pandemie die erste Ehrenamtsgala, die wieder stattfinden kann.

#### 5.5. Leiter Baubetriebshof

Zum 01.04.2023 wurde mit Herrn Gerold Ihnken ein neuer Leiter für unseren Baubetriebshof eingestellt. Herr Ihnken ist Meister im Maurerwesen und war zuletzt bei den GGS Wilhelmshaven beschäftigt.

#### 5.6. „Schortenser Fun Sommer“/„Internationaler Schortenser Jever-Fun-Lauf“

Vom 18. bis 20. August 2023 wird erstmals der „Schortenser Fun Sommer“ gemeinsam mit dem „36. Internationalen Schortenser Jever-Fun-Lauf“ stattfinden. Die Stadt leistet damit dem Orga-Team um den Internationalen Schortenser Jever-Fun-Lauf sowie den beteiligten Wirten erhebliche Unterstützung. Die Bedeutung des Internationalen Schortenser Jever-Fun-Laufes für unsere Stadt wird damit eindrucksvoll unterstrichen.

Neben den Läufen im Rahmen der Laufveranstaltung hat das Team vom Stadtmarketing der Stadt Schortens gemeinsam mit dem Orga-Team des Schortenser Jever-Fun-Laufes und den örtlichen Wirten ein sehr umfangreiches Programm erstellt, welches am Freitagabend mit einer Eröffnungsparty beginnt und das ganze Wochenende mit vielfältigen Veranstaltungen - insbesondere auch für unsere Kinder - aufwartet.

Weitere Einzelheiten dazu werden noch rechtzeitig bekannt gegeben. Herausgreifen möchte ich aber beispielhaft nur zum einen den 36. Internationalen Jever-Fun-Lauf mit vielen Läuferinnen und Läufern aus dem In- und dem Ausland sowie zum anderen den „Gladiator Run“ am Sonntag: 50 m lang, teilweise bis 6,8 m hoch und 5,3 m breit bietet einer der größten und spektakulärsten Hindernisparcours Deutschlands puren Spaß und jede Menge Action für Jung und Alt.

Wir möchten mit dem „Gladiator Run“ nicht nur Vereine, Institutionen, Firmen und Straßennachbarschaften ansprechen, sondern auch Jugendliche ab 14 Jahren, um sich als Gruppe, als Team oder als Einzelne/r am „Gladiator Run“ zu messen.

Die Stadt wird hierzu noch Einladungen an Vereine, Institutionen, Schulen und Firmen versenden, um Teams, Gruppen und Einzelpersonen hierfür zu begeistern.

5.7. Anschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges (MTF) für die Ortswehr Schortens/Umsetzung Feuerwehrbedarfsplan

Die Anschaffung eines MTF für die Ortsfeuerwehr Schortens wurde per Dienstleistungsvertrag an die KWL zur Vorbereitung des Vergabeverfahrens gegeben. In den nächsten Monaten soll das Leistungsverzeichnis gemeinsam mit der Feuerwehr ausgearbeitet werden und dann in Abstimmung mit der KWL in das Ausschreibungsverfahren gehen. Es ist davon auszugehen, dass die Vergabe noch in diesem Jahr realisiert werden kann. Allerdings müssen wir dann mit einer längeren Lieferzeit rechnen. Haushaltsmittel in Höhe von 75.000,00 € sind im Haushalt d. J. eingeplant.

Wir setzen damit die planmäßige Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen für unsere drei Ortswehren fort.

Parallel dazu arbeitet die Verwaltung an der Umsetzung des kürzlich beschlossenen Feuerwehrbedarfsplans. Hierzu haben bereits Gespräche mit dem Stadtbrandmeister und den Ortsbrandmeistern stattgefunden.

5.8. Baumaßnahmen

Zu den Baumaßnahmen kann ich berichten, dass die Erneuerung des Regenwasserkanals und des Schmutzwasserkanals im Nelkenweg abgeschlossen ist. Das Gleiche gilt für die Erneuerung der entsprechenden Regenwasserkanalleitungen im Bereich Hamburger und Kieler Straße. Die Abnahmen sind Ende dieses Monats vorgesehen.

Für das Baugebiet in Roffhausen an der Olympiastraße hat die IDB als Auftraggeberin die Ver- und Entsorgungsleitungen verlegt. Bis Mitte dieses Jahres soll der Erstausbau erfolgt sein.

Bis voraussichtlich Ende Juli dauern noch die archäologischen Arbeiten im Bereich des Bebauungsplanes „Huntsteerter Weg“, ab August soll dort voraussichtlich mit der Erschließung durch die IDB begonnen werden.

Für den Neubau des Kindergartens Jungfernbusch laufen die Arbeiten planmäßig, so dass Mitte Mai gerichtet werden kann.

Für die Grundschule Oestringfelde ist der Bauantrag für einen zweiten zusätzlichen Fluchtweg gestellt worden und die Maßnahme soll in den Sommerferien 2023 durchgeführt werden.

Durchgeführt wurde die Sanierung der Flüchtlingsunterkünfte am Johannesweg 1 a und am Bahnweg 30, so dass diese Wohnungen auch wieder belegt werden können.

## 6. Einwohnerfragestunde

- 6.1. Herr Retsch erkundigt sich bezüglich der Diskussion über die Abbindung der oberen Menkestraße nach dem Verkehrsgutachten der Polizei, dem Bürgerbegehren sowie über eventuelle Rückzahlungsverpflichtungen der bewilligten Fördergelder im Falle eines erfolgreich durchgeführten Bürgerbegehrens.

BM Böhling gibt zur Kenntnis, dass das Verkehrsgutachten in der kommenden (18. Kalender-)Woche vorliegen soll. Parallel werden zurzeit gerade Angebote für die durchzuführenden Maßnahmen eingeholt.

Über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens wurde noch nicht entschieden. Dies ist für die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.05.2023 vorgesehen. Hier sollen dann auch die Aufträge für die Baumaßnahme erteilt werden.

Der Bescheid über die Fördergelder des Landes – 90% der Investitionssumme, konkret 230.000 Euro – liegt vor. Die Maßnahme darf bis zum 15.08.2023 durchgeführt werden. Sollte das Bürgerbegehren zustande kommen (was einige Monate in Anspruch nimmt), und negativ gegen den gefassten Beschluss der Abbindung der oberen Menkestraße ausgehen, so müsste die durchgeführte Baumaßnahme weder zurückgenommen, noch hierfür verwendete Fördergelder zurückgezahlt werden.

- 6.2. Auf Nachfrage von Herrn Retsch zum angedachten Innovationszentrum des OOWV beim Regionalen Umweltzentrum, bestätigt BM Böhling, dass die Einrichtung auch weiterhin geplant ist.

- 6.3. Bezüglich der Abgabe der Trägerschaft der Kindertagesstätten an den Landkreis Friesland erkundigt sich Herr Retsch, ob die Stadt Schortens auch ohne die Erhöhung der Kreisumlage in eine finanzielle Schieflage geraten wäre. BM Böhling bestätigt dies.

Des Weiteren erklärt BM Böhling auf Nachfrage, dass es noch keinen Vertrag über künftige Mietzahlungen des Landkreises an die Stadt Schortens für die Gebäude gibt. Bis zum 31.07.2023 soll dieser jedoch vorliegen.

- 6.4. Zum Antrag von RM Ottens auf Verlegung der Einwohnerfragestunde ans Ende der Ratssitzung bittet Herr Retsch RM Ottens um Nennung anderer Gemeinden im Landkreis Friesland, bei denen dies gleichermaßen so gehandhabt wird.

RM Ottens erklärt, dass er den genannten Antrag bewusst als Ratsmitglied und nicht als Fraktionsmitglied gestellt hat. Oft ist es für Rats- und auch Ausschussvorsitzende schwierig die Fragestunde

abzugrenzen, da häufig auch Statements abgegeben werden oder sich aus gestellten Fragen Diskussionen entwickeln. Dies ist nicht im Sinne der Einwohnerfragestunde, zumal zu jedem einzelnen Tagesordnungspunkt selbst Fragen gestellt werden können. Fragen, welche aus persönlichem Interesse ohne Bezug zu einem Tagesordnungspunkt gestellt werden, sollten - allein schon aus zeitlichen Gründen – ans Ende der Sitzung verlegt werden.

7. Vorlage des "Ausschusses für Ordnung, Verkehr und Gefahrenabwehr" vom 15.03.2023

- 7.1. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung)  
**SV-Nr. 21//0498**

**Es wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:**

Die als Anlage 1 zur Sitzungsvorlage beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben wird unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses beschlossen. Eine Überprüfung dieser Gebührensatzung soll nach den Vorgaben des Nieders. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) zukünftig alle drei Jahre erfolgen.

8. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 18.04.2023

- 8.1. 4. Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Schortens (hier: Einwohnerfragestunde) **SV-Nr. 21//0556**

RM Borkenstein kritisiert die Vorlage der Verwaltung, da dort seine Aussage, die Anregung zur Diskussion der Einwohnerfragestunde, aus einer seinerzeit nichtöffentlichen Ratssitzung am 05.05.2022 öffentlich gemacht wurde. Außerdem kann verwaltungsseitig nicht automatisch von einer Mehrheitsfähigkeit in dieser Sache ausgegangen werden.

RM Just stimmt zu. Die Einwohnerfragestunde ans Ende der jeweiligen Sitzung zu setzen ist Bürger unfreundlich. Ein solcher Beschluss würde auch auf die Fachausschüsse des Rates übertragen werden, welche durchaus mal zwei oder drei Stunden dauern können. Ein Kompromiss, wie beispielsweise in Aurich, wäre denkbar. Dort ist die Einwohnerfragestunde, jeweils 15 Minuten zu Beginn sowie am Ende der Sitzung.

RM Homfeldt widerspricht den Ausführungen. Ein Kompromiss ist entbehrlich, da es mit dem Ausschuss für Kultur, Tourismus und Bürgerangelegenheiten einen, für Bürgerfragen zuständigen Fachausschuss gibt. Er stimmt RM Ottens zu und erinnert daran, dass inhaltliche Diskussionen der Tagesordnungspunkte im Kreise der Ratsmitglieder zu führen sind, Bürger\*innen lediglich das Fragerecht zusteht.

**Mit Gegenstimmen der SPD-FDP-Gruppe (u. A.) wird mehrheitlich wie folgt beschlossen:**

Die dieser Sitzungsvorlage anliegende 4. Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Schortens bezüglich des Zeitpunkts der Einwohnerfragestunde in öffentlichen Ratssitzungen wird beschlossen.

RM Borkenstein bittet um Protokollierung des Abstimmverhaltens der SPD-FDP-Gruppe.

- 8.1.1. Antrag des Ratsmitgliedes Wolfgang Ottens vom 29.03.2023 - Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Schortens, § 3 (5)  
**AN-Nr: 21/0089**

(siehe TOP 8.1)

9. Vorlage des "Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung" vom 19.04.2023

- 9.1. Haushalt 2023 - 1. Nachtrag **SV-Nr. 21//0549**

StOAR Idel stellt die SV vor.

RM Bruns erinnert an den einstimmig gefassten Ratsbeschluss zum Haushalt im Dezember 2022, als bereits absehbar war, dass es einen Nachtragshaushalt geben wird. Der Schuldenstand wird sich bis Ende 2026 voraussichtlich auf rund 31,5 Millionen Euro erhöhen. Der Stadtrat ist zum Handeln verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept ab 2024 ist zwingend zu erstellen. Erste Vorschläge für die Verringerung der Aufwendungen im Ergebnishaushalt wurden bereits diskutiert und beraten. Hier muss nun von Rat und Verwaltung konzentriert weitergearbeitet werden. RM Bruns bittet, in seiner Funktion als Fachausschussvorsitzender, um Zustimmung zum vorliegenden Nachtragshaushalt.

RM Kasig erklärt die Ablehnung des Nachtrags durch die SPD-FDP-Gruppe und begründet dies mit der Abgabe der Kitas an den Landkreis, welche zu der bekannten Erhöhung der Kreisumlage geführt hat – vor diesen finanziellen Auswirkungen hatte er seinerzeit mehrfach gewarnt. Vorschläge zur Kostenreduzierung wie z.B. das Projekt HFC-Schoost sowie die, nach wie vor fehlenden Verträge bezüglich der Kita-Gebäudefrage mit dem Landkreis, wurden bisher ignoriert. Somit ist der Nachtragshaushalt ihrer Meinung nach, das Ergebnis verfehlter politischer Entscheidungen, welche die Verwaltung nicht zu verantworten hat.

Der kurzfristig durch die Mehrheitsgruppe beantragte Liste mit unpopulären Vorschlägen zur Kürzung von freiwilligen Leistungen, wird die SPD-FDP-Gruppe mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zustimmen, da diese zu Lasten der so wichtigen und wertvollen Schortenser Vereine und Dorfgemeinschaften geht. Dies hätte zur Folge, dass der Bereich Ehrenamt keine Zukunft mehr hat. Dieser Schaden wäre weitaus größer, als der vorliegende Nachtragshaushalt.

RM Homfeldt widerspricht den Aussagen. Der Sitzungsvorlage der Verwaltung aus Februar 2023 ist deutlich zu entnehmen, dass die Übernahme der Kitas durch den Landkreis dem Haushalt der Stadt Schortens ab 2024 einen siebenstelligen Plusbetrag einbringt, da die Kostenverteilung nicht mehr 2/3 zu 1/3 beträgt, sondern nunmehr 50/50. Dieses Plus ist im Haushalt nur nicht mehr erkennbar, da es inzwischen viele andere Kostenpunkte gibt, welche diesen Positiveffekt verblenden lassen. Beispiele hierfür stellen die Erhöhung der Personalkosten durch den aktuellen Tarifbeschluss für die öffentlich Bediensteten sowie der zu erwartende, drastische Anstieg der Energiekosten aufgrund des neuen Liefervertrags ab Anfang 2024, dar. Unterm Strich wird dem Haushalt im kommenden Jahr mindestens eine siebenstellige Summe fehlen. Die 3,4 Millionen zusätzliche Kreisumlage, also der künftig zu zahlende Anteil an der Kinderbetreuung im Vergleich zu vorher 6,2 Millionen Zuschussbedarf sollte für jeden als deutliche Verbesserung erkennbar sein.

Bezüglich der, von RM Kasig erwähnten politisch verfehlten Entscheidungen, entgegnet RM Homfeldt, dass in den 11 Jahren der SPD-Mehrheit im Stadtrat nichts entschieden, sondern lediglich Geld ausgegeben wurde, was zu einer drastischen Erhöhung des Schuldenstandes geführt hat. Vor den wirtschaftlichen Folgen hat er jedes Jahr neu gewarnt. Die Kommunalaufsicht mahnt im Zuge der Haushaltsgenehmigung seit Jahren den Anteil der freiwilligen Leitungen (3 Millionen Euro) am Haushalt an. Daher hat die Mehrheitsgruppe den Prüfauftrag für diesen Bereich erteilt. Ein derart hoher Schuldenstand ist einfach nicht akzeptabel, zumal die Zinsen auch für Kommunen mittlerweile zwischen 3 und 4% liegen. Dieses Geld fehlt an anderen Stellen in der Stadt wie z.B. Bürgersteige, Turnhallen und Gebäudeunterhaltung. Weiter stimmt RM Homfeldt der Aussage von RM Kasig zu, dass die Vereine wesentlicher Bestandteil für die Lebensqualität unserer Stadt sind. Aber auch die Vereine haben nichts davon, wenn zukünftig von der Kommunalaufsicht gesagt wird, was in der Stadt noch getan werden darf und was nicht. Er betont die Wichtigkeit der Kommunalen Selbstverwaltung und die Notwendigkeit den Doppischen Haushalts mit Hilfe von Haushaltszielen, welche „SMART“ (spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch, terminierbar) sein müssen, zu steuern.

BM Böhling nimmt Stellung zu den bisherigen Wortbeiträgen. Seiner Meinung nach wäre das Schoost-Projekt in der Tat eine tolle Sache gewesen, für alle Beteiligten. Auch hat er seinerzeit für die Kostenübernahme der 7.500 Euro für den Mühlenverein Accum für die Erstellung eines Geräteschuppens gestimmt. Beides war aber politisch mehrheitlich nicht gewollt und damit nicht mehr zu ändern.

Bezüglich der 3 Millionen Euro freiwilligen Leistung gibt BM Böhling den Hinweis, dass es diesen Betrag auch schon vor 2011 gab, er erinnert insbesondere an das damalige Aqua Toll, was allein schon rund 1 Million Euro Zuschussbedarf pro Jahr bedurfte.

Weiterhin gibt er zu bedenken, dass die Erhöhung der Kreisumlage nicht alleine auf die Abgabe der Kitas an den Landkreis, sondern auch auf die generelle Erhöhung um 2 Punkte zurückzuführen ist.

Abschließend richtet BM Böhling einen Appell an die Vertreter aller, insbesondere der Regierungsparteien in Niedersachsen. Niedersachsen hat den schlechtesten kommunalen Finanzausgleich in ganz Deutschland. Die Parteivertreter sollen bitte in der aktuellen Diskussion des Themas mit dafür sorgen, dass die Kommunen in Niedersachsen besser ausgestattet werden. Aktuell gibt es im Landkreis Friesland keine einzige Kommune mit einem ausgeglichenen Haushalt. Kommunen sind strukturell dauerhaft unterfinanziert, daran muss sich etwas ändern. Deshalb muss auch die Option der Streichungen von freiwilligen Leistungen in Erwägung gezogen werden, auch wenn dies ggf. unpopuläre Maßnahmen zur Folge hat, welche eigentlich von niemandem gewollt sind.

RM Ottens nimmt Bezug auf den Redebeitrag von RM Kasig zur Ablehnung der Kostenübernahme der 7.500 Euro für den Geräteschuppen der Accumer Mühle durch den Rat. Er erklärt, dass die Fraktionen CDU und B90/DIE GRÜNEN zu diesem Zeitpunkt keine Mehrheit im Stadtrat hatten und die Aussage, die genannten Parteien hätten die Kostenübernahme verhindert somit falsch ist.

RM Just stimmt der Darstellung von RM Homfeldt zur Thematik Kreisumlagerhöhung. Das Haushaltsdefizit wäre ohne die Abgabe der Kitas an den Landkreis sogar höher ausgefallen als ohne diese. Auf der anderen Seite bedauert die Fraktion Freie Bürger ebenfalls das Nichtzustandekommen des Schoost-Projekts.

RM Kasig geht auf den Redebeitrag von RM Homfeldt, konkret die Aussage zur Wichtigkeit der kommunalen Selbstverwaltung ein. Er stellt sich die Frage, warum dann die Kitas an den Landkreis abgegeben wurden, denn dies ist ein wichtiger Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, hier hätte man steuern können. Und für die Einigungen mit dem Landkreis bezüglich der Gebäudefrage tickt die Uhr. Von dort werden sicherlich keine Millionen für diese gezahlt. RM Kasig bezeichnet diese Entscheidung als kapitalen Fehler der Mehrheitsgruppe.

RM Homfeldt widerspricht. Es geht nicht allein um Geld. Die Anforderungen an die Kita-Mitarbeitenden steigen seit Jahren enorm. Es muss immer mehr Erziehungsarbeit geleistet werden, hier braucht es gut ausgebildetes Personal, was entsprechend Geld kostet. Schlussendlich muss ebenfalls die Verwaltung so aufgestellt sein, dass dies alles (Personal, Eltern, Konflikte usw.) zu managen ist. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen, welcher bis 2026/2027 hinzukommt, wird das Aufgabenpaket für unsere verhältnismäßig kleine Verwaltung einfach zu groß. Die Abgabe der Trägerschaft ist somit ein Akt der Notwehr (in Bezug auf die bisher unfaire Kostenverteilung), aber auch der Fürsorge für alle Mitarbeiter\*innen der Kitas und der Stadtverwaltung.

**Es wird mehrheitlich wie folgt beschlossen:**

Die der Sitzungsvorlage anliegende 1. Nachtragshaushaltssatzung und der 1. Nachtragshaushaltsplan 2023 der Stadt Schortens werden beschlossen.

- 9.1.1. Haushalt 2023 - 1. Nachtrag - Konsolidierung **SV-Nr. 21//0549/1**
- 9.1.2. Antrag der Mehrheitsgruppe im Stadtrat Schortens vom 26.04.2023 zum Tagesordnungspunkt Nachtragshaushalt der Sitzung des Rates am 27.04.2023 **AN-Nr: 21/0091**

RM Homfeldt begründet den Antrag der Mehrheitsgruppe. Dieser soll ein Zeichen an die Kommunalaufsicht sein, dass das Thema Haushaltskonsolidierung ernstgenommen wird. Mit Punkt 1 und 2 sollen Sofortmaßnahmen greifen, da akuter Handlungsbedarf besteht. Die Punkte 3 bis 5 stellen Prüfaufträge dar, welche als Diskussionsgrundlage bis zu den Haushaltsberatungen im Herbst 2023 dienen sollen. RM Homfeldt betont, dass insbesondere die unter Punkt 5 des Antrags genannte Jugendsozialarbeit nicht in Frage gestellt oder gar gestrichen werden soll. Es geht lediglich darum, analog zum Kita-Vertrag, den Landkreis stärker an den Kosten zu beteiligen.

RM Borkenstein kritisiert, dass über den Antrag der Mehrheitsgruppe nun wieder so kurzfristig beraten und entschieden werden muss. Bei vielen Punkten, beispielsweise Kostenbeteiligung des Landkreises am RUZ, ist es eigentlich unerlässlich, vorher hierüber zu sprechen, um definieren zu können, was in welchem Fall eine angemessene Kostenbeteiligung bedeutet.

RM Just spricht sich im Namen der Freien Bürger für die Punkte 1,2, 4 und unter Punkt 5 im Fall der Jugendsozialarbeit des Antrags der Mehrheitsgruppe aus und stimmt den Ausführungen von RM Homfeldt zur Thematik der fairen Kostenbeteiligung des Landkreises an der Schul- sowie Jugendsozialarbeit unter TOP 9.1.1 zu.

RM Perdita Gunkel zitiert eine Passage aus dem Zukunftsprogramm der CDU-Stadtratsfraktion Schortens, welche die Wichtigkeit und Bedeutung der Kultur- und Vereinslandschaft in unserer Stadt betont und dessen künftige Unterstützung auch in finanziell schwierigen Zeiten versprochen wird. Vor diesem Hintergrund kritisiert RM Perdita Gunkel den Antrag der Mehrheitsgruppe. Aus Ihrer Sicht verunsichert dieses Vorgehen Vereine und ehrenamtlich Tätige, auch wenn es sich erst einmal nur um Prüfaufträge handelt. Gerade nach den schwierigen Jahren der Corona-Pandemie sollte Ihrer Meinung nach genau das Gegenteil, nämlich eine deutlich bessere Unterstützung der Vereine und des Ehrenamts stattfinden.

Es folgen Beiträge der Ratsmitglieder Wessel, Homfeldt, Burgenger, Ottens und Grimpe, welche alle noch einmal darauf hinweisen, dass es zunächst lediglich um Prüfaufträge geht und diese, aufgrund der Haushaltslage, unumgänglich sind. RM Burgenger vertritt die Meinung, dass vor dem Hintergrund der Krise der kommunalen Finanzen künftig an noch deutlich mehr Stellen auf Einsparpotenzial geprüft werden

muss. RM Ottens gibt zu bedenken, dass auch Steuererhöhungen – beispielsweise Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer auf das Niveau einiger Nachbarkommunen – ein Mittel zur Haushaltskonsolidierung sein könnten. Dies würde jedoch alle Bürger direkt oder indirekt betreffen, weshalb die Überprüfung und ggf. Kürzung der freiwilligen Leistungen das geringe Übel darstellt.

Die Mehrheitsgruppe betont, dass die Vereine keinesfalls allein gelassen werden, im Gegenteil. Man sieht die angedachte Übergabe von Verantwortung an die Vereine durchweg positiv, denn dies bedeutet für sie mehr Freiheit und Flexibilität in der Gestaltung der Vereinsarbeit sowie der Bewirtschaftung und Betreuung der Gebäude.

BM Böhling erklärt seine Zustimmung zu den beantragten Prüfaufträgen, verdeutlicht gleichzeitig aber noch einmal die Wichtigkeit, die Vereine auch zukünftig zu unterstützen. BM Böhling unterstreicht darüber hinaus die Argumentation von RM Ottens bezüglich eventuell notwendiger Steuererhöhungen. Denn die Kommunen stehen immer am Ende der Nahrungskette, weitere Erhöhungen der Kreisumlage sind zu erwarten. Es ist unausweichlich, dass diese dann auch irgendwann an die Bürger\*innen der Stadt weitergegeben werden müssen, denn auch die Kürzung der freiwilligen Leistungen reichen bei Weitem nicht aus, um eine deutliche Verbesserung der Haushaltslage herbeizuführen.

RM Homfeldt bejaht die Frage von Herrn Pille vom Mühlenverein Accum, ob dem Stadtrat bekannt ist, dass der Mühlenverein Accum zu einigen Baumaßnahmen an z. B. der Windkappe oder Flügeln der Mühle, Gelder selbst erwirtschaftet und einbringt.

RM Kasig pflichtet dem Beitrag von RM Perdita Gunkel bei und erklärt zusammenfassend für die SPD-FDP-Gruppe die Zustimmung zu Punkt 1 und 2 des Antrags der Mehrheitsgruppe. Alle weiteren Punkte werden abgelehnt, da diese das Ziel verfolgen, die Vereine stärker zu belasten.

RM Bruns fasst zusammen, dass die Haushaltsthematik komplex ist und es auch nicht nur eine einzige Lösung für alle Probleme gibt. Er stimmt der These von RM Kasig, dies wird nicht der letzte Nachtragshaushalt im Jahr 2023 sein, zu. Er mahnt an, dass sich die Lage aber noch weiter verschlechtern wird, wenn jetzt nicht gehandelt wird. Für Kritisieren ohne zu Diskutieren oder Alternativvorschläge zu nennen, ist seiner Meinung nach keine Zeit.

Es besteht Einigkeit darüber, über die einzelnen Punkte des Antrags separat abzustimmen.

Punkt 1: einstimmig beschlossen

Punkt2: einstimmig beschlossen

Punkt 3: mit u.a. den Gegenstimmen der SPD-FDP-Gruppe mehrheitlich beschlossen

Punkt 4: mit den Gegenstimmen der SPD-FDP-Gruppe mehrheitlich beschlossen

Punkt 5: mit einer Enthaltung, sowie den Gegenstimmen u.a. der SPD-FDP-Gruppe mehrheitlich beschlossen.

10. Vorlagen des "Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport" vom 20.04.2023

10.1. Neubau eines Umkleide- und Sanitärgebäudes auf der Sportanlage Klosterpark **SV-Nr. 21//0489/1**

RM Masemann gibt zur Kenntnis, dass sich die SPD-FDP-Gruppe einstimmig dem Beschlussvorschlag anschließen wird, obwohl es an einigen Stellen der vorherigen Diskussion unterschiedliche Meinungen gab.

RM Just zeigt sich enttäuscht. Seiner Meinung nach wäre bei dem HFC-Projekt mehr möglich gewesen, vor allem wenn der Verkauf der Flächen in Schoost realisiert worden wäre. Die Fraktion Freie Bürger wird sich bei der Abstimmung folglich enthalten.

RM Homfeldt bedankt sich beim HFC für die konstruktiven Gespräche und Ergebnisfindung sowie der Verwaltung für die schnelle Planung und zeigt sich erfreut darüber, dass an diesem Punkt die nunmehr Jahre langen Diskussionen zum Thema HFC Sanitärgebäude durch eine gute Lösung in beiderseitige Einvernehmen mit dem Verein beendet werden kann.

RM Wessels gibt den Denkanstoß, dass die Anlage Schoost auch einen anderen Käufer finden könnte. RM Just begrüßt diese Idee und hält einen Verkauf an Investoren ebenfalls für möglich, sofern die Politik das Signal geben würde dort Bauland zu schaffen.

**Mit 3 Enthaltungen wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:**

1. Die Stadt baut auf der Sportanlage Klosterpark ein Umkleide- und Sanitärgebäude. Es handelt sich dabei um eine Erdgeschoss-Variante mit einer Nettogrundfläche von ca. 302 m<sup>2</sup>. Die Kosten werden (bei Berücksichtigung eines 10 %-igen Sicherheitszuschlags und nach Abzug eines Zuschusses der N-Bank in Höhe von rd. 24.000 Euro) auf ca. 1.124.600 Euro geschätzt.

Im Haushalt 2023 sind bereits 924.000 Euro veranschlagt. Die Differenz von rd. 200.600 Euro wird im Rahmen des Haushalts 2024 aufgenommen. Noch nicht berücksichtigt sind etwaige Kosten für die befristete „Unterbringung“ des Umkleide-/Sanitärbereichs.

2. Für das ehemalige Jugendheim am Klosterpark wird ein Erbbaurechtsvertrag zwischen der Stadt und dem HFC für die Dauer von 50 Jahren abgeschlossen. Die Details werden wie in vergleichbaren Fällen im Rahmen einer Beratung im Verwaltungsausschuss festgelegt.

10.2. Sporthallen-/Turnhallensituation im Ortsteil Sillenstede **SV-Nr. 21//0543/1**

**Einstimmig wird wie folgt beschlossen:**

Die Stadt baut auf dem Grundstück der Grundschule Sillenstede im Bereich des jetzigen Parkplatzes eine neue Einfeld-Turnhalle (vergleichbar mit der in Glarum). Anschließend wird die vorhandene Sporthalle abgerissen.

Eine Sanierung der Sporthalle ist aus energetischen Gründen nicht effizient. Daher soll ein Neubau entstehen, der nach modernen Energiestandards gestaltet ist.

10.3. Erweiterung/Änderung der Sportanlage Sillenstede **SV-Nr. 21//0550**

**Es wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:**

1. Von der ursprünglichen Planung, auf der Sportanlage Sillenstede einen Kunstrasenplatz einzurichten, wird im Einvernehmen mit dem TuS Sillenstede Abstand genommen.
2. Die Stadt stimmt folgenden Maßnahmen auf der Sportanlage Sillenstede zu:
  - a. Ertüchtigung des A-Platzes (Umwandlung in einen Ganzjahresplatz) ab 2023 (einschl. Installation einer Flutlichtanlage, einer Beregnungsanlage sowie einer barrierefreien Zuwegung zwischen dem A- und B-Platz) sowie anschließend
  - b. Neubau eines C-Platzes und
  - c. Anpassung des B-Platzes und Errichtung zusätzlicher Parkplätze einschl. Einrichtung einer neuen Zufahrt.

Bauherr ist der TuS Sillenstede, der die Maßnahmen mit Unterstützung/Begleitung der Stadt durchführt, damit u.a. auch vergaberechtliche Vorschriften eingehalten werden. Die Gesamtkosten der Maßnahme liegen bei 1,2 Mio. Euro.

Die Stadt stellt den bereits im Haushalt veranschlagten Netto-Betrag von 715.000 Euro zur Verfügung. Darüber hinaus gehende Kosten trägt der TuS Sillenstede, der neben Eigenmitteln (u.a. die erfolgreich laufende Spendenaktion) auch Mittel des Landessportbundes in Anspruch nehmen wird.

- 10.4. Vertrag zwischen der Stadt Schortens und dem ev.-luth. Kirchenkreis Friesland-WHV **SV-Nr. 21//0303/1**

**Es wird einstimmig wie folgt beschlossen:**

Aufgrund der Gründung des Trägerverbundes des ev.-luth. Kirchenkreis Friesland-Wilhelmshaven ist der Vertrag zwischen der Stadt Schortens und der ev.-luth. Kirchengemeinde für den Kindertagesstättenbereich zu aktualisieren bzw. umzuschreiben. Der der Sitzungsvorlage beigefügte Entwurf wird beschlossen.

11. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen gestellt.